



SPD-Stadtratsfraktion Pirmasens

Herrn Oberbürgermeister
Markus Zwick
- Rathaus -

66953 Pirmasens

Winzler Str. 41, 66955 Pirmasens
Telefon 06331-95021
Telefax 06331-95025
e-mail: info@spd-pirmasens.de

Pirmasens, den 16.08.2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die SPD-Stadtratsfraktion bittet Sie, folgenden **Antrag** auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung zu setzen:

Mit der Ausrufung des Klimanotstandes erkennt die Stadt "die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an" und "erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen."

Die Verwaltung wird beauftragt,

- I. Bericht zu erstatten, welche Maßnahmen zum Klimaschutz bereits geleistet werden.**
- II. mitzuteilen, welche Anforderungen und Kriterien an Klimaverträglichkeit/Klimaneutralität bei zukünftigen Maßnahmen gestellt werden.**
- III. Weitere Möglichkeiten zum Klimaschutz zu prüfen und in einen dynamischen Aktionsplan zur Umsetzung aufzunehmen. Insbesondere in den Bereichen Öffentlicher Personennahverkehr, innerstädtische Straßen- und Verkehrswege, Förderung energetischer Bauweisen und klimafreundlicher Stromgewinnung erkennt die Verwaltung Handlungsbedarf.**

Begründung:

Die Klimathematik ist zwischenzeitlich in aller Munde. Schon lange diskutieren Politiker weltweit, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um das Klima zu

schützen. Dabei betrifft dieses Thema nicht nur die internationale Politik, sondern vielmehr muss auch jede Kommune schauen, welche Maßnahmen sie konkret ergreifen kann, was sie zum Schutz des Klimas beitragen kann. Neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und dem Schuldenabbau ist dies eines der wichtigsten Ziele für die Stadt.

Mit der Bekennung zum Klimanotstand verpflichtet sich die Stadtpolitik und die Verwaltung jede Maßnahme auf ihre Klimaverträglichkeit hin zu überprüfen.

Die SPD Stadtratsfraktion fordert deshalb die Verwaltung auf mitzuteilen, welche Maßnahmen bereits konkret zur Förderung des Klimaschutzes ergriffen werden.

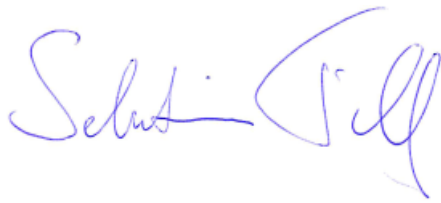
Darüber hinaus ist es sinnvoll zukünftig sämtliche Tätigkeiten auf ihre Klimaschädlichkeit hin zu überprüfen und Lösungen bevorzugt werden sollen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. So wäre es beispielsweise denkbar, dass zukünftig alle städtischen Planungen und auch Bauprojekte unter einem Klimavorbehalt stehen. Sie müssen daraufhin überprüft werden, ob sie klimaschädlich sind. Falls ja, dürfen sie nicht umgesetzt werden. Beispielsweise könnte zukünftig bei jeder Beschlussvorlage ein Kästchen "Auswirkungen auf den Klimaschutz" enthalten sein. Für finanzielle Auswirkung existiert ein solches Kästchen bereits.

Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, einen dynamischen Aktionsplan zu erstellen, der einzelne Vorhaben ausweist. Denkbare Themenfelder wären hierbei insbesondere:

- Klimaneutrale Energieversorgung von Neubauten und bei Sanierungen
So könnten zum einen durch die Nutzung von Förderprogrammen energetische Bauweisen unterstützt werden. Auch die städtische Bauhilfe soll dies künftig berücksichtigen.
- Mobilitätsmanagement für die Gesamtstadt
Hier könnte beim Straßenausbau etwa daran denken, dass dieser der möglichst mit dem Ausbau neuer Fahrradwege einhergeht, da dank der Fortschritte der Fahrradtechnik auch die 7-Hügel Stadt ihren topografischen Schrecken verloren hat. Auch verkehrsberuhigte Zonen, erhöhen nicht nur die Wohnqualität durch weniger Lärm und weniger CO₂-Ausstoß, sondern machen zudem die Straßen sicherer. Ebenso müsste man im Bereich des ÖPNV über Möglichkeiten zur Steigerung der Aktivität nachdenken, ebenso die Schaffung von alternativen Mobilitätskonzepten (z.B. Car-Sharing).
- Energiemanagement für städtische Gebäude
- Ausbau klimafreundlicher Mobilitätskonzepte
- Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Sanierungsrate im Stadtgebiet
- Aufklärung und Beratung
Durch zielgerichtete Verbraucherberatung könnte energetische Sanierungen gefördert oder auch Plastikmüll reduziert werden

- Schaffung weiterer Möglichkeiten von „Grünpatenschaften“ (Grünflächen, Bäume,...)

Die Verwaltung soll, analog zu den Berichten, über die Bauvorhaben in einem halbjährlichen Rhythmus über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen“ berichten.

A handwritten signature in blue ink, reading "Sebastian Tilly".

Sebastian Tilly
Vorsitzender der
SPD-Stadtratsfraktion